

Schönburger Tageblatt

und Waldenburger Anzeiger

Erscheint werktägl. Nachm. Bezugspreis v. 1.-15. Febr. im voraus 1 G. M. freibl., auschl. Trägerl. Einzelne Nr. 10 Goldpf., Sonntags-Nr. 20 Goldpf. Anzeigenpreise: 6 Gesp. Petitzeile 0,10 Goldmark, v. außerhalb des Bezirkes 0,15 Goldmark, Gesp. Reklamezeile 0,45 Goldmark, Hinweise auf Anzeigen und Eingekaufte 0,10 Goldmark, Nachweise- und Offertengebühr 0,10 Goldmark, Rabatt nach Tarif. Schwieriger Satz (Tabellen) mit Aufschlag.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Waldenburg. Ferner veröffentlicht zahlreiche andere staatliche, städtische u. Gemeinde-Behörden ihre Bekanntmachungen im Schönburger Tageblatt.

Anzeigen bis vorm. 9 Uhr am Ausgabetag erbeten. Ausgabe nachmittags 1/23 Uhr in der Geschäftsstelle in Waldenburg Sa., Obergasse 38. Geschäftszeit 7-12, 2-5 Uhr. Filialen in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Herrn Hermann Eiche; in Wolkensburg bei Herrn Linus Friedemann; in Penig bei Firma Wilhelm Dahler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Zugleich weit verbreitet in den Ortschaften der Standesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Remse, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.

Nr. 39 Freitag, den 15. Februar 1924 46. Jahrgang.

Volksgericht an den Sonderbündlern in Birmasens.

Amtlicher Teil.

Die Grundsteuer

wird in Goldwert erhoben. Auf den 4. Termin 1923/24 sind von Grundstücken, die land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, 2,25 Pfg., von den übrigen Grundstücken (Wohngebäuden, gewerblichen Gebäuden) 1,5 Pfg. für je 100 M. des festgestellten Grundstückwertes am 15. Februar 1924 fällig und innerhalb 8 Tagen an unsere Steuerkasse zu entrichten. Nach Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt Berechnung der Zinsen und Zwangsbeiträge. Waldenburg, den 14. Februar 1924. Der Stadtrat.

Dollarkurs (amtlich 13. Februar) 4200 Milliarden. Die Reichsregierung verzichtet auf die Reichstagswahlreform. General Dawes macht dem Reichskanzler seinen Abschiedsbesuch. Das Reich klagt gegen die Eisenbahner auf Schadenersatz. Der französische Botschafter in Berlin hatte eine einhändige Unterredung mit Stresemann. Im Herbst wird in Berlin ein Kolonialkongress abgehalten. Unsere Volksernährung ist gefährdet. Die geführte kommunistische Generaloffensive erlitt einen täglichen Zusammenbruch. In Oberfrankens kam es zu schweren Ausschreitungen der Kommunisten. In Birmasens kam es zu blutigen Kämpfen mit Separatisten, wobei es gegen 50 Tote gab. In Kaiserlautern fanden ebenfalls blutige Kämpfe statt. Der italienische Gewerkschaftsbund will sich bei den Wahlen neutral verhalten. England schlägt ein Moratorium für Deutschland vor. Im englischen Unterhaus hielt Macdonald seine große Antrittsrede. Im Oberhaus sprach Lord Baldwin über Deutschland. Der amerikanische Präsident drückte in einer Rede die Hoffnung aus, daß die europäischen Angelegenheiten günstige Aussicht hätten, entwirrt zu werden.

Waldenburg, 14. Februar 1924.

Wenn Ruhrgebiet, Reparationen und sonstige An gelegenheiten an Frische und Zugkraft verloren haben, dann läßt Poincaré die militärische Sicherheit Frankreichs auffahren. Das deutsche Reich wird dann wieder als Werrwolf vorgeführt, der das arme Lamm auf freffen will. Jetzt ist es mal wieder so weit, und mit dem Aufbauschen dieser Geschichte soll nicht allein den Gegnern Poincarés der Mund gestopft, sondern auch der britische Premierminister Macdonald gewonnen werden. In Verbindung damit heißt es, im Ruhrgebiet sollten von französischer Seite Konzessionen gemacht werden. Die Einzelheiten darüber gehen noch auseinander, es ist auch fraglich, ob etwas daraus wird, aber die Sicherung Frankreichs ist das Panier, das in den Süften geschwungen wird.

Bedroht die Räumung des Ruhrgebietes und selbst des Rheinlandes von französischen Truppen überhaupt Frankreich? Diese Legende, daß Sicherung vor Deutschland geschaffen werden müsse, ist im Frühling 1918 in Versailles aufgetaucht. Es sollte ein Bündnis zwischen England, Amerika und Frankreich vereinbart werden, welches alle Teilnehmer an demselben zum bewaffneten Einschreiten verpflichtete, sobald Deutschland eine militärische Aktion über den Rhein hinaus unternehme. Dieser schöne Traum vom Rheinbündnis ist dann bekanntlich verpufft, weil der amerikanische Senat nicht mitmachen wollte.

Frankreich, das Schutz gegen Deutschland verlangt, muß eigentlich Schutz für Europa stellen, damit dies nicht durch einen Einbruch bedroht und in seiner ruhigen Entwicklung gestört wird. Wie ist es denn seit 1918 zugegangen. Wir haben fleißig gearbeitet, die Franzosen haben durch ihren Einmarsch in das Ruhrgebiet

bewiesen, daß sie sich wenig Bedenken um andere Rechte und Schäden, um fremdes Eigentum machen. Tatsächlich ist also nicht die Sicherung Frankreichs, sondern diejenige der europäischen Staaten durch Frankreich bedroht.

Die Geschichte der letzten hundert Jahre beweist, daß die benachbarten Länder Frankreichs diesem gegenüber viel weniger in Sicherheit gewesen sind, als Frankreich vor ihnen. Die Franzosen sind unter Napoleon, im siebenjährigen Kriege, zu Anfang des 18. Jahrhunderts, durch die Mordbrennereien in der Pfalz und am Rhein, sowie im dreißigjährigen Kriege Landplagen von Deutschland geworden, mögen sie auch in den betreffenden Kriegen nicht immer glorieux abgeschnitten haben. Ähnlich lagen die Dinge in anderen Ländern, die mit oder ohne Grund auf Weisung aus Paris heimgesucht worden sind. Es sind das Holland, Belgien, die Schweiz, Spanien, Italien, Desterreich, Rußland.

Die geographische Lage Frankreichs ist eine solche, daß nur die Engländer in ihren Kämpfen um die Krone des Landes bis nach Südfrankreich hinein vorge drungen sind. Die Deutschen kamen 1871 bis zur Loire und in den Freiheitskriegen war die Okkupation kaum so weitreichend. Dagegen stand Marshall Sou bise 1757 in Thüringen. Er litt er dort auch eine tückische Niederlage bei Rossbach, so war er doch bis zum Herzen des deutschen Reiches gekommen.

Es ist klar, daß ein Bündnis der drei größten europäischen Militärmächte zur Abwehr eines deut schen Vormarsches über den Rhein im Jahre 1919 sehr überflüssig gewesen ist, denn damals standen die Verhältnisse für Frankreich noch viel, viel günstiger, als irgendwie früher. Und um das deutsche Reich war es trauriger bestellt, als beinahe in den Zeiten des alten römischen Reiches deutscher Nation. Der Absturz nach dem Waffenstillstand von 1918 war zu arg. Was blieb denn für uns? Von den 800 000 Franzosen Friedens stand brauchten wir ganz gewiß nicht gefürchtet zu werden, die Kriegsmaschinen usw. gar nicht gerechnet. Wenn Frankreich 1919 und später etwas gefährlicher hat, so war es nicht Deutschland, sondern sein eigenes schlechtes Gewissen. Daß wir keine Repanopolitik treiben konnten, mit der gerechnet werden mußte, lag auf der Hand, höchstens wegen die Staaten in dieser Beziehung zu beachten, welche unter der Herrschaft, dem Chauvinismus und dem blindwütigen Ehrgeiz Frankreichs zu leiden hatten.

Das waren die Sorgen, welche in Paris quälten, und sie sind nicht gering. Denn einmal muß aus den Wollen ein Gewitter werden, das sich entlastet, und ein schlauer Advokat ist wohl der am wenigsten geeignete Mann, welcher gemacht ist, die Elementargewalten abzuhalten. Es ist wohl so, daß Poincaré sich unbehaglich fühlt, nachdem er zwei Jahre hindurch nach verschiedenen Seiten hin hat operieren müssen. Selbst die Duellereien, die wir haben aushalten müssen, gehen dem Urheber an die Nerven.

Macdonalds Antrittsrede.

Die Ziele des Arbeiter-Kabinetts.

Vor überfülltem Unterhaus hat der neue britische Ministerpräsident Macdonald seine mit Spannung erwartete große Antrittsrede gehalten und darin die Ziele seiner Regierung klargelegt. Von besonderer Bedeutung waren dabei natürlich seine Ausführungen über die auswärtige Politik Englands, die er so genderrmaßen umschrieb:

Wenn nicht etwas Unerwartetes eintritt, hofft die englische Regierung, daß eine Einigung über die Behandlung der europäischen Fragen herbeigeführt werden kann. Frankreich habe von einer englischen Politik nichts zu befürchten. England würde vielleicht nicht immer in der Lage sein, alles das zu tun, was Frankreich tue, aber es erwarte auch nicht, daß Frankreich ihm in allen Bestrebungen folgen werde. Ramsay Macdonald betonte, daß keine Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich entste...

könnten, die man nicht durch guten Willen und Ehrlichkeit regeln könne.

Man müsse die Reparationsfrage vom französischen Standpunkt, vom englischen Standpunkt, aber auch vom europäischen Standpunkt aus betrachten, und alles tun, um eine befriedigende Lösung zu finden. Deutschland müsse in den Völkerbund eintreten und es bestehe Hoffnung, daß Rußland gleichfalls eintreten werde. Wenn Amerika erfahren werde, in welchem neuen Geiste diese Probleme jetzt behandelt würden, würde es sich sicher bereit erklären, seinen Anteil zur Lösung beizutragen.

Macdonald schloß, wenn die Regierung vor Ende der Woche stürzen würde, so würde sie doch der Geschichte dieser Zeit ihr Zeichen aufgedrückt haben. Sie würde etwas geleistet haben durch die Anerkennung Rußlands, sie würde etwas geleistet haben durch den Beginn einer neuen europäischen Politik und durch die neue Haltung Frankreichs. Die Regierung sei darauf aus, Vertrauen zu gewinnen. In diesem Geiste beabsichtige die Arbeiterpartei, ihr Amt zu führen.

Die neue englische Politik.

Von Interesse waren auch die Ausführungen Macdonalds über die innere Politik. Der Ministerpräsident sagte hier u. a.:

Keine der Parteien habe eine reine Mehrheit, und die konservative Partei sei die stärkste. Die Umstände, unter denen die Neuwahlen erfolgt seien, habe es unmöglich gemacht, daß die konservative Partei Regierungspartei bleiben konnte. Daher hätte die Arbeiterpartei als die zweitgrößte Partei die Verantwortung der Regierungsgeschäfte übernommen. Diese Tatsache würde seiner Ansicht nach gewisse Veränderungen im Unterhause notwendig machen. Jeder Abgeordnete werde sich mehr als Mitglied des Hauses, denn als Mitglied seiner Partei fühlen und sich bei Abstimmungen danach verhalten müssen. Der Opposition würde es nicht gelingen, die Arbeiterpartei durch eine Abstimmung in einer unbedeutenden Frage zum Rücktritt zu zwingen. Die Arbeiterregierung würde zurücktreten, wenn sie in wichtigen Streitfragen eine Niederlage erleidet und in Fragen des Prinzips. Sie wird ferner zurücktreten, wenn die verantwortlichen Führer einer Partei einen Mißtrauensantrag einbringen und begründen.

Ein Moratorium für Deutschland.

Die geplante Europakonferenz.

Die neue englische Regierung trägt sich bekanntlich mit dem Plan, eine Europakonferenz zur Regelung der schwebenden Fragen einzuberufen, da Amerika wegen der dort bevorstehenden Wahlen in diesem Jahre wohl kaum in der Lage sein wird, sich aktiv zu beteiligen. Von unterrichteter englischer Seite wird nun zu dem ganzen Plan gemeldet, daß England bemüht sein werde, eine Zwangslösung auf folgender Wafts zu finden:

1. Die Konferenz beschließt über die Ausführung der Sanierungsvorschlüge der Sachverständigenausschüsse, die von Deutschland unter Aufsicht eines Völkerbundkommissars durchzuführen sind.
2. Deutschland erhält ein Moratorium von 2 1/2 Jahren.
3. Nach Ablauf dieses Moratoriums setzt eine internationale Konferenz die jährlichen Beiträge fest, die Deutschland an Reparationen zu leisten hat.
4. England gewährt Frankreich ein langjähriges Moratorium für seine Schulden an England.

In Ergänzung dieser Mitteilung ist noch darauf hinzuweisen, daß die Konferenz sich ferner mit der Ueberweisung der Militärkontrolle an den Völkerbund, der dauernden Entmilitarisierung des Rheinlandes, und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund zu be...